



Konrad
-Adenauer-
Stiftung

POLITISCHE IMPLIKATIONEN DER FLUTKATASTROPHE IN ASIEN

Kurzberichte der Außenstellen
der Konrad-Adenauer-Stiftung

in Indonesien, Sri Lanka, Thailand und Indien

5. Januar 2004

Einleitung

von Gerhard Wahlers

Leiter Internationale Zusammenarbeit

Konrad-Adenauer-Stiftung

Die Flutkatastrophe am 2. Weihnachtstag hat uns alle tief erschüttert. Die unzähligen Opfer und Verwundeten und die großen Verwüstungen übersteigen unser Vorstellungsvermögen. Die vier am stärksten betroffenen Länder sind Indonesien, Sri Lanka, Indien und Thailand. Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist in allen vier Ländern mit entsandten Mitarbeitern präsent. Wir arbeiten dort zusammen mit einheimischen Projektpartnern, um gemeinsam mit ihnen die Armut zu bekämpfen, Chancen wirtschaftlicher Entwicklung zu nutzen und politische Partizipation und Rechtsstaatlichkeit zu fördern. Weder unsere entsandten Kräften noch unsere Projektpartner sind, soweit wir dies bislang übersehen können, durch die Flutkatastrophe unmittelbar zu Schaden gekommen. Für die betroffenen Menschen sind die Folgen jedoch katastrophal, oftmals ist ihre gesamte Existenz vernichtet.

Die bisherige Berichterstattung konzentriert sich vor allem auf die unmittelbaren Opfer und die entstandenen Verwüstungen. Ich habe unsere Mitarbeiter gebeten, zu bewerten, welche Konsequenzen diese Katastrophe für die Entwicklung des jeweiligen Landes hat, wie die politische Führung auf die Flutwelle reagierte, wie dies durch die Bevölkerung wahrgenommen wird und wie darüber in den nationalen Medien berichtet wurde. Die Einschätzungen unserer Mitarbeiter zu diesen Fragen finden Sie in den nachfolgenden Berichten. Sie machen deutlich, dass die Bewältigung der Folgen der Katastrophe vor dem Hintergrund des jeweiligen nationalen Kontextes unterschiedlich gehandhabt wird. In Indonesien, das am schlimmsten betroffene Land, wird die politische Zukunft des erst kürzlich gewählten neuen Präsidenten Yudhoyono wesentlich von seiner Fähigkeit abhängen, mit dieser Krise fertig zu werden. Der die Provinz Aceh beherrschende bewaffnete Konflikt kommt trotz der von der Flut heimgesuchten Region mit voraussichtlich weit über 10.0000 Opfern nicht zur Ruhe. In Sri Lanka haben die das Land zeichnenden politischen Konflikte Auswirkungen auf die Umsetzung der Hilfsmaßnahmen. Indien, Opfer, aber zugleich auch Hilfeleistender gegenüber den anderen betroffenen

Ländern, will allein mit den Folgen der Flut zurechtkommen und macht damit seinen besonderen Status als wirtschaftlich aufstrebende Nation und international agierender Akteur deutlich. In Thailand schließlich versteht es Premierminister Thaksin , die Flut auch für die im Februar anstehenden Parlamentswahlen zu nutzen.

Die Konrad Adenauer Stiftung ist keine Organisation, die in der unmittelbaren Phase der Nothilfe tätig werden kann. Dafür gibt es andere speziell für die Katastrophenbewältigung geschaffene und ausgestattete Organisationen. Wir können aber helfen, wenn die Phase des Wiederaufbaus beginnt. Unsere Partnerstruktur wird uns dabei helfen. Wir brauchen keine Patenschaften, sondern wir arbeiten mit einheimischen Partnern auf gleicher Augenhöhe zusammen. Die Partner kennen uns, wir kennen deren Fähigkeiten und es besteht ein gewachsenes Vertrauen; alles dies wird helfen, die richtigen Maßnahmen zu ergreifen und langfristig weiterzuführen, auch dann noch, wenn sich die öffentliche Aufmerksamkeit bereits anderen Ereignissen zugewandt hat.

Politische Auswirkungen der Flutkatastrophe in Indonesien

von Norbert Eschborn, KAS-Landesbeauftragter Indonesien

I. Zusammenfassung

Über eine Woche nach der katastrophalen Flutkatastrophe in Süd- und Südostasien wird immer klarer, wie schwer die daraus resultierenden Verluste an Menschenleben und materielle Schäden in Indonesien sind. Mit einer Opferzahl, die aller Wahrscheinlichkeit nach die Marke von 100.000 übersteigen wird, ist das Land unter allen von dem Tsunami betroffenen Ländern rund um den Indischen Ozean am schwersten geschlagen. Die materiellen Schäden belaufen sich nach ersten Schätzungen auf mehrere Milliarden US-Dollar und werden nicht ohne Auswirkungen auf die seit der Asienkrise von 1997 noch immer nicht völlig wieder erholte indonesische Wirtschaft bleiben. Obwohl mittlerweile tausende Helfer nationaler und internationaler Herkunft im Krisengebiet eingesetzt sind, hat die dringend benötigte Nothilfe noch immer nicht alle Regionen in der am schwersten heimgesuchten Provinz Aceh im äußersten Nordwesten der Insel Sumatra erreicht. Nicht nur die zerstörte Infrastruktur ist dafür verantwortlich, sondern offenbar auch ein immer deutlicher zu Tage tretender Mangel an Koordination seitens der zuständigen indonesischen Behörden. Kritik daran und als Folge eine erkennbar wachsende Frustration der Betroffenen über die vermeintliche Handlungs- und Führungsschwäche der Regierung, die sich in immer mehr indonesischen Medien spiegelt, prägen das Stimmungsbild in der zweiten Woche nach der Katastrophe. Unbeachtet davon geht – so unglaublich es ist – der seit Jahren andauernde Kampf der Streitkräfte gegen die acehnische Befreiungsbewegung GAM auch während der Hilfsaktionen in der Provinz weiter. Für den erst im Oktober 2004 ins Amt gekommenen Präsidenten Susilo Bambang Yudhoyono wird die Flutkatastrophe nicht nur eine Bewährungsprobe seiner Führungsstärke, sondern auch zu einem Indikator für die Stimmung der Bevölkerung – nicht nur im Krisengebiet – gegenüber seiner Administration und den Staatsorganen im allgemeinen zumindest während der ersten Hälfte der gerade begonnenen, fünfjährigen Legislaturperiode.

II. Politische Implikationen der Flutkatastrophe

a) Rolle der Regierung im Kontext der Rettungsarbeiten

Chaos statt Koordination

„Don't betray Aceh – Get Coordinated“ lautete die Überschrift eines Leitartikels in der „Jakarta Post“ vom Silvestertag 2004. Der Autor gab ziemlich genau die Empfindungen eines Großteils der Bevölkerung wieder in bezug auf das, was die vor gerade etwas mehr als zwei Monaten neu ins Amt gekommene Regierung von Präsident Yudhoyono bis heute an Krisenbewältigung geboten hat. Dabei geht es nicht um fehlende Anteilnahme, denn der Staatschef selbst war schon kurz nach dem Tsunami ins Krisengebiet gereist, um sich persönlich ein Bild von der Lage zu machen.

Besonders zu Last gelegt wird der Administration jedoch auch danach und in immer deutlicheren Worten, dass sie erst am dritten Tag nach der Katastrophe offiziell eine aktive Rolle bei der Einleitung bzw. Koordinierung von Rettungsmaßnahmen übernommen und seitdem in dieser Koordinierungsfunktion weitgehend versagt habe. Dabei war Aceh schon zum Zeitpunkt des Katastrophenbeginns längst führungslos: Nicht nur waren nach derzeitigen Schätzungen mindestens die Hälfte aller Mitarbeiter der Regierungsdienststellen in der Provinz durch die Flut ums Leben gekommen, sondern bezeichnenderweise am Flut-Sonntag selbst trat ein vom Präsidenten unterzeichneter Erlass in Kraft, der den Provinzgouverneur seines Amtes enthob, nachdem dieser bereits seit einigen Wochen wegen Korruptionsvorwürfen in Jakarta in Haft sitzt.

Der Bürgerkrieg geht weiter

Auch galt noch zu Beginn der Katastrophe der seit Mitte 2003 aufgrund des militärischen Kampfes gegen die acehnische Befreiungsbewegung GAM über die Provinz verhängte Ausnahmezustand, der erst Tage später aufgehoben wurde, was jedoch weder die Rebellen noch die Armee an einer Fortsetzung der Kampfhandlungen in anderen, von dem Tsunami nicht betroffenen Provinzgebieten

hinderte: dies sei schließlich kein Grund, den Auftrag zu vernachlässigen, die GAM auszuschalten, ließ sich ein Armeesprecher verlauten. Die bürgerkriegsähnlichen Auseinandersetzungen zwischen den Regierungstruppen und der separatistischen Befreiungsbewegung GAM dauern seit Mitte der siebziger Jahre nahezu ununterbrochen an.

In diesem Zusammenhang setzte die Zentralregierung schon vor Jahren intensive Zugangsbeschränkungen für die an Erdöl und Naturgas reiche Provinz in Kraft, die v.a. Journalisten, aber auch Aktivisten in- und ausländischer Nichtregierungsorganisationen von einem effektiven Monitoring der politischen Entwicklung dort zumeist erfolgreich abhielt. Aceh gilt ebenso als Unruheprovinz wie das gleichermaßen rohstoffreiche Papua am östlichen Ende des Archipels, wo es lange separatistische Strömungen gab und wo noch immer eine starke Autonomiebewegung existiert. Den Indonesiern, die besonders großen Wert auf die „territoriale Integrität“ ihres Landes legen, galten beide Regionen seit langem als Unruheprovinzen, weshalb die überwiegende Mehrheit der Bevölkerung auch durchaus das schon von Yudhoyonos Vorgängerin Megawati Sukarnoputri im Mai 2003 angeordnete, harte Vorgehen gegen die GAM in Form des Ausnahmezustandes in Aceh billigte. Ein von Staatschef Yudhoyono öffentlich an die Rebellen gerichteter Appell, die Waffen niederzulegen und sich aktiv am Wiederaufbau zum beteiligen, erzielte bisher bei der im schwedischen Exil lebenden GAM-Führung kein nachhaltiges Echo.

Dennoch loben selbst die ansonsten kritischen Zeitungen die Rettungsanstrengungen der Armee als die bisher effektivsten von indonesischer Seite, was die in 2004 gerade um ihre bis dahin seit Jahrzehnten garantierte parlamentarische Repräsentanz gebrachten Militärs wiederum in ihrer Haltung bestärken dürfte, dass ohne sie in diesem Land nichts wirklich funktioniert und ihnen deshalb eine Teilhabe an der politischen Entscheidungsfindung zusteht.

Nachhaltiger Ansehensverlust der Regierung droht

Trotz aller verbalen Hilfszusagen wird sich aller Voraussicht nach das Bild in der indonesischen Öffentlichkeit verfestigen, dass noch am Tag 5 der Katastrophe kaum

Hilfe zu den Opfern in den Krisengebieten gelangte – ein Fakt, der weder durch die großteils zerstörte Verkehrs- und Kommunikationsinfrastruktur noch durch die für jedermann überwältigende, nicht vorhersehbare Schwere der Geschehnisse völlig erklärt bzw. entschuldigt werden kann. Auch wenn unvoreingenommene ausländische Hilfsorganisationen die überwältigende Dimension der Krise bestätigten, bezweifeln die indonesischen Medien schon jetzt, dass seitens der Regierung alles Menschenmögliche getan wurde, um den Flutopfern gerade in den ersten Stunden nach dem Inferno so schnell wie möglich zu helfen.¹ Diese Perzeption kann, wenn überhaupt, dann nur durch eine konzentrierte Anstrengung bei der Bewältigung der Krisenfolgen sowie dem Wiederaufbau korrigiert werden. Aber auch hier entstehen bereits Probleme – wie das laut „Jakarta Post“ vom 4. Januar 2005 Verrotten von Lebensmittelhilfslieferungen in den größeren Städten um das Krisengebiet herum belegt.

Präsident Yudhoyonos Popularität befand sich laut Umfragen in den Tagen vor Weihnachten ohnehin im Niedergang aus vormals ungeahnten Höhen von über 60% Zustimmung, weil die Bevölkerung in den Amtshandlungen seiner ersten 100 Tage als Staats- und Regierungschef nicht die entschiedene Aufbruch- und Wendestimmung symbolisiert sah, die viele sich durch seine Wahl erhofft hatten. Generell sind Indonesier in ihrer Erwartungshaltung gegenüber jeder Regierung nicht nur äußerst anspruchsvoll, sondern auch extrem ungeduldig. Gewählt u.a. gerade weil dem ex-General der (wie viele meinten: unverdiente) Ruf einer führungsstarken Persönlichkeit vorausging, steht der Präsident jetzt unter Druck, entweder ab sofort diesem Bild massiv gerecht zu werden oder für den Rest seiner Amtszeit als historischer Versager in einer für das Land äußerst kritischen Situation stigmatisiert zu werden – ein Szenario, das viele für nicht ausgeschlossen halten, sobald die jetzt noch unter dem unmittelbaren Eindruck der Katastrophe vorherrschende Haltung des nationalen Konsenses aller politischen Kräfte im Land wieder in die üblichen politischen Alltagsscharmützel übergeht, was zweifellos spätestens dann passieren

¹ Hinter vorgehaltener Hand vermuten insbesondere ausländische Beobachter immer öfter, dass die Regierung sich gerade mit Blick auf das schwelende Aceh-Rebellenproblem mit ihrem Einschreiten in den Krisengebieten bewusst Zeit gelassen haben könnte, damit sich Probleme (in Gestalt von regierungsfeindlichen Flutopfern) sozusagen „von selbst lösen“. Dem Berichterstatter ist der extreme Zynismus dieser These bewusst, jedoch kommt man nicht um ihre Erwähnung umhin, wenn man nach mehrjährigem Aufenthalt in Indonesien miterlebt, wie komplexe Sachverhalte und schwierige Probleme hier ansonsten angegangen bzw. gelöst werden.

wird, wenn sich binnen der nächsten vier bis acht Wochen nichts Grundlegendes an der Misere der Katastrophenopfer ändern wird.

Der „Tsunami-Gipfel“ in Jakarta

Im Moment wird sich der Präsident, der ohne ein einziges signifikantes außenpolitisches Ziel in seiner programmatischen Antrittsrede gestartet war, bezeichnenderweise nur durch eine außenpolitische Initiative, den ab dem 6. Januar in Jakarta stattfindenden „Tsunami-Gipfel“ des südostasiatischen Staatenbundes ASEAN sowie dessen Anrainerstaaten, auch innenpolitisch etwas profilieren können. Die indonesische Hauptstadt wird in den Tagen bis zum 8. Januar Treffpunkt für die Staats- und Regierungschefs nicht nur der ASEAN, sondern auch Australiens, Neuseelands, Chinas, Japans und Südkoreas werden. Erwartet werden überdies UN-Generalsekretär Kofi Annan sowie Weltbank-Präsident Wolfensohn. Ein anderer High Profile-Besucher wird US-Außenminister Powell sein, der gemeinsam mit dem Bruder des US-Präsidenten, Floridas Gouverneur Jeb Bush, u.a. auch die Krisengebiete in Aceh besuchen wird, um zu einer aktuellen Lagebeurteilung und einer realistischen Einschätzung des Hilfsbedarfs zu kommen. Politische Beobachter spekulieren schon jetzt, ob sich aus den anfänglich eher bescheidenen und jetzt offenbar aus Image-Schadensbegrenzung drastisch erhöhten Hilfszusagen Washingtons von rund 350 Millionen US-Dollar langfristig ein „rapprochement“ im seit dem Afghanistan- und noch mehr seit dem Irakkrieg gespannten Verhältnis der noch unter dem Diktator Suharto engen Freunde Indonesien und USA ergeben könnte. Aus hiesiger Sicht mag dies nicht ausgeschlossen erscheinen, dürfte sich allerdings vorerst auf die Regierungsebene beschränken, da die indonesische Bevölkerung zwar zahlreiche Elemente westlich-amerikanischer Lebenskultur in ihren Alltag übernommen hat, der gegenwärtigen politischen Führung der USA jedoch unverändert kritisch-ablehnend gegenübersteht.

b) Wirtschaftliche Folgen

Schadenshöhe und Regulierungsstrategie

Inzwischen hat sich der indonesische Vizepräsident Jusuf Kalla zu den erwarteten wirtschaftlichen Folgekosten der Flutkatastrophe geäußert. Seinen Schätzungen zufolge wird allein der Wiederaufbau der zerstörten öffentlichen Infrastruktur in den Krisengebieten aus heutiger Sicht etwa zehn Trillionen Rupiah kosten, was etwa 1,1 Milliarden US-Dollar entspricht, d.h. rund einem Fünftel des im Jahr 2005 von Indonesien zu tätigen Schuldendienstes (oder den kalkulierten Kosten für den Bau einer 100 Kilometer langen Ringstrasse um die Hauptstadt). Aus diesem Grund strebt die indonesische Regierung jetzt eine Verlängerung der Rückzahlungsfristen ihrer internationalen Verbindlichkeiten an und „erwartet“ im Interesse eines raschen Wiederaufbaus der zerstörten Städte und Regionen von den Gläubigern die Zustimmung dazu „ohne Bedingungen“, insbesondere ohne Herabstufung der internationalen Kreditwürdigkeitsbewertungen des Landes.

Nachdem Indonesien bereits seit Anfang 2004 an keinem vom Internationalen Währungsfonds finanzierten Kreditprogramm mehr teilnimmt, sollen die Verhandlungen über die verlängerten Kreditrückzahlungen auf bilateraler Ebene mit den Mitgliedern des sogenannten „Pariser Clubs“, dem die Gläubigerstaaten Indonesiens angehören, geführt werden. Frankreich, Italien, Großbritannien, Deutschland und die Vereinigten Staaten hatten zuvor ihre Bereitschaft signalisiert, über eine Erleichterung von Indonesiens Verbindlichkeiten verhandeln zu wollen. Insgesamt erwartet Jakarta, dass über Verbindlichkeiten in Höhe von rund 2,4 Milliarden US-Dollar verhandelt wird. Schon ohne die finanziellen Anforderungen zum Wiederaufbau der zerstörten Flutgebiete wäre die zu tilgende Schuldenlast des Landes in 2005 erheblich gewesen. Indonesien sieht sich zudem in 2005 einem enormen Haushaltsdefizit von wahrscheinlich drei Milliarden US-Dollar gegenüber, was in erster Linie auf die nach dem weltweiten Preisanstieg für Rohöl sich drastisch um nahezu 200% erhöhenden Staatssubventionen für Treib- und Brennstoffe zurückzuführen ist. Diese Subventionen, die die Yudhoyono-Administration ursprünglich schrittweise zurückfahren wollte, sind traditionell ein Politikum in einem

Land, in dem ein Großteil der Bevölkerung von weniger als zwei US-Dollar pro Tag lebt.

Die Regierung, die selbst Mittel im Wert von 150 Millionen US-Dollar für die Soforthilfe bereit gestellt hatte (dem stehen laut Presseberichten gegenwärtig Spenden der indonesischen Bevölkerung in annähernd gleicher Höhe gegenüber), erwartet nun von der Weltbank sowie der Asiatischen Entwicklungsbank die Freigabe von bisher nicht vergebenen Länderkrediten in Höhe von etwa drei Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau. Als vorläufigen Zeitplan für den Wiederaufbau nannte der Vizepräsident die Periode 2006-2009, nachdem für die Nothilfe und die Beseitigung der unmittelbaren Katastrophfolgen das gesamte Jahr 2005 veranschlagt wurde. Jakarta hat außerdem Steuervorteile für Wiederaufbau-Spender angekündigt; dass jedoch in diesem Zusammenhang schon jetzt viele einen erheblichen Missbrauch dieser Privilegien erwarten, deutet die Tiefe des Problems der kaum existenten Steuermoral an, unter dem die indonesische Gesellschaft seit Jahren leidet.

Gelassene Reaktion von Börse und Versicherungen

Inzwischen haben sich die Auswirkungen der Tsunami-Katastrophe auf den indonesischen Aktienmarkt weitgehend in Grenzen gehalten. Der Index der Börse von Jakarta endete zum Jahresschluss 2004 mit nur einem leichten Rückgang von einem halben Prozentpunkt gegenüber dem vorletzten Handelstag, was aber nicht auf die Flutkatastrophe, sondern auf Gewinnmitnahmen zurückgeführt wurde. Zur Überraschung vieler Analysten erleben mittlerweile Aktien von solchen Unternehmen eine erstaunliche Hausse, deren Branchen nach allgemeiner Erwartung von den gegenwärtigen Nothilfe- und den anstehenden Wiederaufbaumaßnahmen profitieren werden: so stiegen die Aktienwerte der größten indonesischen Zementhersteller zwischen elf und 25% seit dem ersten Handelstag nach der Flutkatastrophe. Pharmaziewerte gehören ebenfalls zu den Gewinnern, während die Papiere von Finanzdienstleistern nachgaben. Weitere Gewinner sind die Produzenten und Händler von Satellitentelefonen, deren Absatz pro Tag z.T. um das Zehnfache

gestiegen war, nachdem in den Krisenregionen sowohl die Fest- als auch die Mobiltelefonnetze zumindest vorübergehend ausgefallen waren.

Die Ansprüche auf Versicherungsleistungen aus der Katastrophe belaufen sich in allen betroffenen Ländern laut Angaben der beiden weltgrößten Versicherungen auf weniger als 250 Millionen US-Dollar und liegen damit noch hinter den Ansprüchen von Geschädigten der Hurricans in den USA im vergangenen Herbst. Südostasien gilt in Fachkreisen traditionell als Region, die versicherungstechnisch unterdurchschnittlich durchdrungen ist.

Präsident Yudhoyono sandte in einer Rede zur Wiedereröffnung des Börsenhandels im neuen Jahr ein von den Märkten als positiv bewertetes Signal der Vertrauensbildung aus, als er verkündete, die Regierung erwarte für 2005 ein Wachstum des Bruttoinlandsprodukts von 5,5%, was leicht über dem Wert für 2004 liegen würde. Diese Hoffnung wurde untermauert durch die Tatsache, dass die für das OPEC-Mitglied Indonesien so wichtige Öl- und Gasförderung in Aceh von Schäden verschont geblieben ist. Gleiches gilt für die Industrie, deren Produktionsstätten nicht betroffen sind, sowie für die für die Exportwirtschaft wichtigen See- und Flughäfen.

c) Die Rolle der indonesischen Medien: ein Trauerspiel

Wer am Katastrophensonntag in Jakarta weilte, erfuhr – wie z.B. viele Ausländer – erst durch besorgte Anrufe von Familienmitgliedern aus Übersee von den schrecklichen Ereignissen in Nordsumatra. Wer dann auf eine rund-um-die-Uhr-Berichterstattung insbesondere der elektronischen Medien Indonesiens gehofft hatte, sah sich enttäuscht: weder wurden die im Lande so geliebten „soap operas“ abgesetzt oder unterbrochen noch gab es unmittelbar eine wie im Westen übliche Sonderberichterstattung. Die Nachrichten über die unfassbare Tragödie liefen unverhältnismäßig lange als eine unter vielen in den stündlichen Sendungen der Fernsehstationen bzw. auf den Laufbändern an den Bildschirmrändern. Lediglich eine der zahlreichen privaten Fernsehstationen, die allerdings meist nur in städtischen Gebieten zu empfangen ist, hob sich vorteilhaft von dieser

unrühmlichen, weil unprofessionellen Haltung ab. Auch die Printmedien kamen nicht viel besser davon: während z.B. in Thailand² die großen Tageszeitungen täglich an prominenter Stelle „Informationskästen“ mit Angaben enthielten, wo Katastrophenhilfe erhältlich bzw. leistbar war, sucht man bis jetzt solche Informationen in vielen indonesischen Blättern noch immer vergeblich. Kritische Nachfragen bei den Redaktionen werden mit dünnen Hinweisen auf kaum wahrnehmbare Spendenkontonummern im redaktionellen Teil an einem der ersten Katastrophenstage abgetan. Eine Führungsrolle, wie sie Medien in Zeiten nationaler Krisen zukommt, haben die indonesischen Zeitungen, Radio- und Fernsehstationen bis auf einzelne Ausnahmen in diesen für das Land tragischen Tagen jedenfalls nicht gespielt; dabei ist noch unklar, ob dies aus Ignoranz oder Inkompetenz unterblieb.

II. Bewertung

Die Tsunami-Katastrophe ist zweifellos eine weitere, erhebliche Hypothek auf die Zukunft Indonesiens. Das Land, nach Bevölkerung immerhin viertgrößter und zugleich größter islamischer Staat der Welt, ist bis heute nicht völlig mit den wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Asienkrise von 1997/98 fertig geworden. Instabile Regierungen – allein fünf Präsidenten in den sechs Jahren zwischen 1998 und 2004 – sowie drei terroristische Anschläge internationaler Terrornetzwerke binnen 23 Monaten zwischen 2002 und 2004 haben Indonesien stark gebeutelt. Dass das Land dennoch nicht noch geschädigter aus dieser Dauerkrise hervorging als heute, spricht sowohl für die wirtschaftlichen Erholungsanstrengungen der Regierungen seit 2000 und die beachtliche Flexibilität und Belastbarkeit weiter, unter Armut, Korruption, Massenarbeitslosigkeit und anderen sozialen Problemen leidender Bevölkerungskreise.

Über dieser Dauerkrise sind die Indonesier krisenresistenter und – aus ausländischer Perspektive – auch ein gutes Stück abgestumpfter geworden gegenüber solch epochalen Tragödien, wie sie sich jetzt ereignet hat. Natürlich ist Mitgefühl für die von der Katastrophe betroffenen Landsleute reichlich vorhanden, wie nicht zuletzt das

² Der Berichterstatter hatte sich dort zum Jahreswechsel aufgehalten und konnte daher einen guten vergleichenden Eindruck gewinnen, wie die Flutkatastrophe in beiden Ländern von Regierung, Medien und Gesellschaft gehandhabt wurde.

hohe Spendenaufkommen belegt. Aber für die meisten Indonesier besteht jeder Tag aus Überlebenskampf, mehr oder weniger stark.

Zu behaupten, wie das in diesen Tagen ein bekannter Politikwissenschaftler tat, die Bevölkerung sei angesichts der Flutkatastrophe „so geeint wie seit dem Unabhängigkeitskampf 1946-1950 nicht mehr“, erscheint deshalb stark übertrieben, zumal schätzungsweise zwei Drittel der Nation erst während oder gar nach dieser Periode geboren wurden, darunter auch der jetzige Präsident.

Für Yudhoyono ist die Flutkatastrophe sozusagen das „Ende des Anfangs“: jetzt erst beginnen die wirklichen Anforderungen an seine Regierung, und dann gleich mit einer Herausforderung, vor der keiner seiner drei unmittelbaren Amtsvorgänger stand. Das Krisenmanagement der nächsten Wochen wird deshalb entscheidend dafür sein, ob es dieser Regierung gelingt, vor den Augen der gesamten, nicht nur der betroffenen, Bevölkerung zu bestehen, denn zahlreiche politische Implikationen der Flutkatastrophe haben eine bedeutende psychologische Komponente: wird die Regierung in diesen wichtigen Wochen als überfordert bzw. entscheidungs- und führungsschwach wahrgenommen, kann dies nicht ohne Auswirkungen auf ihre gesamte Arbeit und das geplante Reformprogramm bleiben. Dies jedoch wäre fatal für ein Land, das politisch und wirtschaftlich auch ohne Tsunami dringend eines dynamischen Aufschwungs bedarf.

Die westliche Welt ist gut beraten, Indonesien in Zukunft wieder mehr politisches Augenmerk zu widmen. Bleibt das Land als Folge einer unzureichend bewältigten Flutkatastrophe ein Dauerkrisenfall auch in anderen Bereichen, entstünde an geostrategisch wichtiger Stelle der Welt ein latenter Krisenherd, der langfristig die gesamte südostasiatische Region negativ beeinflussen würde. Das aber kann nicht im Interesse der Weltgemeinschaft liegen.

Politische Auswirkungen der Flutkatastrophe in Sri Lanka

von Carola Stein, KAS-Landesbeauftragte Sri Lanka

Am 26.12.2004, gegen 9.30 Uhr, erreichte die, durch das Erdbeben im Indischen Ozean ausgelöste Flutwelle Sri Lanka. An rund Zweidrittel der gesamten Küste des Landes wurde ein Streifen bis zu 400m Breite zerstört bzw. stark beschädigt. Vor allem der Südwesten, Süden und Osten Sri Lankas sind betroffen.

Nach offiziellen Angaben sind rund 30.500 Menschen in der Flutwelle ums Leben gekommen, 4000 weitere werden noch vermisst. Rund ein Drittel der Opfer sind Kinder. Gemessen an der Zahl von 20 Millionen Einwohnern ist Sri Lanka das am schwersten von der Naturkatastrophe betroffene Land. Ca. 100.000 Häuser wurden ganz oder teilweise zerstört, insgesamt 834.000 Menschen befinden sich derzeit in rund 800 Auffanglagern (meistens Schulen und Tempeln). Noch kaum zu beziffern ist der infrastrukturelle Schaden an Straßen, Eisenbahnlinien, Strom- und Wasserversorgung.

Internationale Hilfe

Die größte Herausforderung für die srilankanische Regierung sowie für alle nationalen und internationalen Hilfsorganisationen liegt nun in der Versorgung der Überlebenden. Die UN, alle großen Hilfsorganisationen und viele multi- und bilaterale Geber haben Sri Lanka ihre Unterstützung angeboten und Millionenbeträge für humanitäre Programme bereit gestellt. Tonnenweise wurden bislang Hilfsgüter (Wasseraufbereitungsanlagen, Medikamente, Decken etc.) sowie auch Hilfsmannschaften ins Land gebracht. Die USA hat einen kleinen Flugzeugträger mit 1500 Marines, kleinen Landungsbooten, 12 Hubschrauber und zwei Transportflugzeugen nach Sri Lanka entsandt, die u.a. schweres Räumgerät an Land bringen sollen, um Trümmer zu beseitigen. Auch Indien und Bangladesh haben Hubschrauber, Schiffe und Soldaten nach Sri Lanka gebracht. Nicht immer scheint diese Hilfe nur einen humanitären Hintergrund zu haben. Indien möchte seine dominante Rolle in der Region unterstreichen und Amerika sein, durch den Irak-Krieg angekratztes Image aufpolieren. Aber auch Japan möchte als ein wichtiger Partner

wahrgenommen werden und engagiert sich immer stärker in der südasiatischen Region (so ist Japan derzeit einer der größten bilateralen Geber in Sri Lanka und neben Norwegen Hauptvermittler im Friedensprozess).

Innerhalb der srilankanischen Bevölkerung besteht eine enorme Solidarität mit den Flutopfern. Überall existieren Sammelstellen für Kleidung und Nahrungsmittel und die Menschen spenden, was immer, sie ermöglichen können. Alle staatlichen und nichtstaatlichen Einrichtungen organisieren Hilfsaktionen für die Betroffenen.

Koordinierungsrolle der srilankanischen Regierung

Knapp 10 Tage nach der Flutkatastrophe sind die nationalen und internationalen Hilfsprogramme landesweit angelaufen. Die srilankanische Regierung nimmt mittlerweile ihre Koordinierungsfunktion (gemeinsam mit der UN) wahr, nachdem es in den ersten Tagen heftige Kritik an der mangelhaften Koordinierungsrolle der Regierung sowie an Konflikten zwischen Präsidentin und Premierminister gab. Seit zwei Tagen besteht ein "National Operation Center", angesiedelt bei der Staatspräsidentin, in dem alle großen Geber vertreten sind. Zwischenzeitlich wurde auch die srilankanische Armee in die Verteilung der Hilfsgüter miteinbezogen, nachdem Fälle von Plünderung, Diebstahl und Korruption aufgetreten waren. Welche Rolle sie dabei übernehmen soll, ist derzeit noch unklar.

Interessant ist der Widerspruch in der Wahrnehmung und Bewertung der Koordinierungsrolle der Regierung auf Seite der internationalen Geber einerseits und auf lokaler Ebene andererseits. Während die Geber die Koordinierungsrolle der Regierung als „besser als erwartet“ einstufen, beklagt sich die lokale Ebene über ein mangelndes Engagement der Regierung und eine schlechte Koordinierung der Hilfsmaßnahmen vor Ort. Dabei muss jedoch sicherlich berücksichtigt werden, dass nicht alle Organisationen (insbesondere die kleinen privaten NGOs) bereit sind, sich in eine Koordinierung der Programme einzufügen. Weiterhin sind einige Regionen aufgrund der zerstörten Infrastruktur bislang kaum zu erreichen (vor allem im Osten Sri Lankas, der derzeit noch zusätzlich von heftigen Monsunniederschlägen heimgesucht wird). Dies erschwert natürlich die Verteilung der Hilfsgüter an die betroffenen Menschen und kann leicht den Eindruck erwecken, einige Regionen seien überversorgt, andere dagegen unterversorgt.

Eine recht engagierte Rolle spielen die örtlichen Behörden, die sich vor Ort um die Betreuung der Auffanglager, aber auch um die Wiederinstandsetzung der Straßen und die Einrichtung von sanitären Anlagen u.ä. Anliegen kümmern. So ist z. B. die Hauptverbindungsstraße von Colombo in den Süden (nach Galle und weiter), die in weiten Teilen unmittelbar am Meer entlangführt, bereits vollständig von den immensen Schutt- und Sandmassen befreit, die die Flutwelle dort angeschwemmt hatte. Fragen des Wiederaufbaus stellen sich zum jetzigen Zeitpunkt (vor allem beiden Gebern) noch nicht. Das Hauptaugenmerk richtet sich momentan ausschließlich auf die Versorgung der Obdachlosen und die Verhinderung von Seuchen (unmittelbare Nothilfe).

Veränderung des politischen Klimas

Inwieweit die Flutkatastrophe das politische Klima in Sri Lanka verändern wird, lässt sich zum gegenwärtigen Zeitpunkt nur schwer abschätzen. Hoffnungen, die Flutkatastrophe würde über alle ethnischen, religiösen und politischen Grenzen hinweg zu einer Annäherung zwischen LTTE und Regierung führen, haben sich bislang nicht erfüllt. Die LTTE lehnt es derzeit noch ab, unmittelbar mit der Regierung zusammenzuarbeiten, sondern besteht auf die Organisation und Durchführung eigener Hilfsmaßnahmen. Damit unterstreicht die LTTE einmal mehr ihren Anspruch auf Selbstverwaltung im Norden und Osten Sri Lankas, eine Forderung, die seit Monaten das Haupthindernis für den Fortgang der Friedensgespräche darstellt. Auf lokaler Ebene dagegen sind Koordinierungskomitees für die Hilfsmaßnahmen jeweils mit Vertretern von LTTE und lokalen Regierungsbehörden paritätisch besetzt. Gleichzeitig gab es in vielen Regionen auch auf der persönlichen Ebene sehr viele gegenseitige Unterstützungen zwischen Tamilen und Singhalesen.

Rolle der Medien

Die lokalen Medien berichten ausführlich über die Flutkatastrophe (de facto gibt es derzeit keine anderen Meldungen). In der Presse spiegelt sich auch wider, dass Sri Lanka der ausländischen Hilfe gegenüber sehr aufgeschlossen ist. Die Hilfsangebote der verschiedenen Geber werden ausführlich dargestellt und sehr positiv bewertet. Der Vorschlag des deutschen Bundeskanzlers, „Patenschaften“ für die betroffenen

Länder zu übernehmen, ist von der hiesigen Presse bislang jedoch nicht aufgegriffen worden.

Die Berichterstattung in den internationalen Medien ist nicht immer zutreffend. So wird immer wieder die Stadt Galle als die am schlimmsten betroffene Stadt dargestellt, welche am meisten Hilfe benötige, was so nicht richtig ist. Auch Aussagen über chaotische Zustände bei der Verteilung der Hilfsgüter sind in dieser verallgemeinernden Form nicht zutreffend.

Auswirkungen auf die Wirtschaft

Wirtschaftlich hat Sri Lanka - zumindest kurzfristig - großen Schaden erlitten. Die Einnahmen aus dem Tourismus (eine der wichtigsten Einnahmequellen des Landes), der in den letzten Monaten geradezu geboomt hatte, sind unterbrochen. Viele Strandhotels, die Hauptanziehungspunkte für die Touristen darstellten, müssen erst wieder instandgesetzt werden. Sehr gelitten hat auch die lokale Fischereiwirtschaft. Viele Boote wurden von den Wassermassen zertrümmert und Netze zerrissen. Die Bank of Ceylon schätzt den Gesamtschaden, der in Sri Lanka durch die Tsunami an Gebäuden und Infrastruktur verursacht wurde, auf insgesamt 1,3 Billionen Dollar!

Gesamteinschätzung

Folgende Aspekte sind meines Erachtens festzuhalten:

- Die Flutkatastrophe in Sri Lanka war eine humanitäre Katastrophe, die in erster Linie die armen und ärmsten Teile der srilankanischen Bevölkerung traf. Die Menschen (darunter sehr viele Kinder) sind nicht nur wirtschaftlich geschädigt, sondern auch psychisch durch den Verlust ihrer Familienangehörigen betroffen.
- Die schwierigste Aufgabe, die vor Sri Lanka liegt, ist der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur. Hier werden enorme Geldsummen benötigt. Es stellt sich die Frage, inwieweit die internationale Gemeinschaft hierbei noch Hilfe leisten wird, wenn die Aufmerksamkeit der Medien für die Flutopfer nachlässt.
- Die Flutkatastrophe bietet die Chance zu einer Annäherung zwischen der LTTE und der Regierung. Ob diese wahrgenommen wird, ist noch völlig offen.

Politische Auswirkungen der Flutkatastrophe in Thailand

von Beatrice Gorawantschy, KAS-Landesbeauftragte Thailand

Am Morgen des 26. Dezember 2004 wurde die Südküste Thailands – darunter von Touristen sehr frequentierte Reiseziele wie Phuket und Phi Phi Island - von einer durch ein Seebeben der Stärke 9.0 (Epizentrum Sumatra) ausgelösten Flutwelle erfasst.

Vorläufige Bilanz am 9. Tag nach der Katastrophe (Stand 4. Januar): 5.187 Tote (etwa die Hälfte davon ausländische Touristen) und weitere 3.810 Vermisste. Der thailändische Premierminister Thaksin Shinawatra hat gestern verkündet, dass die Suche nach Vermissten um weitere fünf Tage verlängert wird. Die beliebten Touristenzentren gleichen Trümmerhaufen, auf Phi Phi Island ist kaum mehr ein Hotel vorhanden, Luxushotels am Strandabschnitt von Khao Lak (ca. 60 Kilometer nördlich von Phuket) sind zu Massengräbern geworden. Tempelanlagen dienen derzeit als Leichenzentren, eine angemessene Lagerung zur Identifizierung kann aufgrund der Hitze nicht garantiert werden – der Wettlauf mit der Zeit hat begonnen. Die insgesamt 300 angereisten Forensiker aus 19 Ländern werden Monate für die Identifizierung der Leichen (die meisten mittlerweile aller Wertsachen beraubt) benötigen. Selbst thailändische Strafgefangene wurden mobilisiert, an den Bergungs- und Aufbauarbeiten mitzuhelfen, und u.a. anderem dafür eingesetzt, Särge für die ausländischen Touristen zu bauen.

Gut eine Woche nach der Katastrophe sind die meisten ausländischen Touristen - viele davon schwerstverletzt – ausgeflogen; den Angehörigen wird abgeraten, auf eigene Faust weiter nach Vermissten zu suchen. Das thailändische Gesundheitsministerium und die Polizei haben eine webseite erstellt, auf der in sieben Sprachen Informationen über Vermisste, Verletzte und Tote seit dem Tsunami-Desaster abgerufen werden können.

Wirtschaftliche Folgen

Die Flutwelle hat den Kern der **thailändischen Tourismusindustrie** getroffen. Betroffen sind insbesondere die sechs Provinzen Phuket, Phang-Nga, Krabi (dazu

gehört Phi Phi Island), Trang, Ranong und Satun. Thailand wird jährlich von ca. 11 Mio. Touristen besucht, der Fremdenverkehr trägt mit 6% zum thailändischen Bruttoinlandsprodukt bei; ein Drittel der Einnahmen aus dem Tourismus kommt aus den drei Provinzen Phuket, Krabi und Pang Nga. Die Tourismusindustrie beschäftigt landesweit ca. 3 Mio Arbeitskräfte; nach neuesten Berechnungen stehen als Folge der Katastrophe 200.000 dieser Arbeitsplätze auf dem Spiel.

Nach Aussage der Gouverneurin der thailändischen Tourismusbehörde wird die thailändische Tourismusindustrie als Folge des Tsunami-Desaster monatlich ca. 10 Mrd. Baht (1 Euro ca. 50 Thai Baht) Einbußen haben. In Phuket, Phang Nga und Krabi sind insgesamt 12.000 Hotelzimmer beschädigt bzw. nicht mehr existent, was einem Schaden von ca. 12 Mrd. Baht entspricht – ganz zu schweigen von den ökologischen Schäden, die die Katastrophe hinterlassen hat. Die Flutwelle hat schwere Schäden in sieben Marine Nationalparks an der Küste hinterlassen, die sich auf ca. 200 Mio. Baht belaufen, die Parks wurden auf unbestimmte Zeit geschlossen, Universitäten des Landes werden an einem Programm zur Schadensbewertung und Wiederaufbau beteiligt.

Neben diesen tiefgreifenden Auswirkungen im Tourismussektor, die sich nach ganz unterschiedlichen Einschätzungen der Experten über die nächsten zwei Monate bis zwei Jahre hinziehen könnten, sind vor allem die **Fischer und Landwirte** betroffen (im Fischerdorf von Baan Nam Khem, nur wenige Kilometer nördlich von Khao Lak wurde beispielsweise die gesamte Infrastruktur zerstört, rund die Hälfte der 5000 Einwohner werden noch vermißt), denen zum Teil die gesamte Existenzgrundlage geraubt wurde. Vom Premierminister und Innenminister wurden Vorwürfe, die Regierung habe sich mehr um die Touristen als um die Einheimischen gekümmert dahingehend abgeschwächt, dass man sich einerseits mit allen Kräften bemühe, das Vertrauen der Touristen zurückzugewinnen, dass aber gleichzeitig auch alles getan würde, um den Einheimischen beim Wiederaufbau zu helfen – hier ist in erster Linie der Aufbau temporärer Unterkünfte notwendig. Die Regierung stellt jeder Familie, die Opfer im Tsunami zu beklagen hat oder auf andere Weise zu Schaden gekommen ist, Sofort-Entschädigungen zur Verfügung.

Der König, dessen Enkelsohn ebenfalls Opfer der Flutwelle ist, hat unmittelbar nach dem Desaster 30 Mio Baht für die Tsunamiopfer zur Verfügung gestellt und eine Stiftung unter seiner Schirmherrschaft ins Leben gerufen, die sich um die Kinder kümmert, die als Waisen nach der Naturkatastrophe zurückbleiben.

Die Regierung hat ebenfalls unverzüglich umfassende Geldmittel zum Wiederaufbau der Region zur Verfügung gestellt, soft-loans in Höhe von 30 Mrd. Baht an Kleinstbetriebe und Bauern wurden kurzfristig vom Finanzministerium mobilisiert. Das Gesamtwirtschaftswachstum Thailands wird voraussichtlich - aufgrund der regionalen Begrenzung der Katastrophe - nur wenig beeinflusst. Man rechnet in 2005 mit einem Wachstum von 5,7% anstelle von 6%.

Krisenmanagement

Unmittelbar nach dem Desaster sind **Fragen nach der Effizienz des Krisenmanagements** der thailändischen Regierung aufgekommen. Thailand ist Mitglied des Pacific Tsunami Warning Centres und am Morgen des 26. Dezembers ist im meteorologischen Zentrum offensichtlich die Meldung von einem Erdbeben der Stärke 9.0 vor Sumatra eingegangen, aber nach bisherigen Informationen wussten die Mitarbeiter der Abteilung nicht, mit dieser Warnung umzugehen und waren sich auch der Folgen für Thailand nicht bewußt. PM Thaksin, der unmittelbar nach dem Desaster in die Krisenregion gereist ist, mußte selbst eingestehen, daß Thailand weder über ein Tsunami-Frühwarnsystem verfügt, noch über ein funktionierendes Katastrophenschutzsystem; es mangelte ausserdem an back-up Kommunikation und Notstromaggregaten und vor allem einem Notfallplan zur Koordinierung der Rettungsarbeiten. Bei diesem Unglück wurde ebenfalls deutlich, daß die Verantwortlichen im meteorologischen Amt nicht reagiert haben (der Leiter wurde mittlerweile seines Amtes enthoben): *„the Tsunami had already hit six southern provinces and local officials had failed to respond until I ordered them“* – so Thaksin, *„The system for disaster management must be overhauled. Because bureaucrats have yet to learn how to lead when natural calamities occur“*. Noch ist nicht klar, ob der Grund dafür bürokratische Trägheit war oder einfach die Angst, im Falle einer Fehlwarnung, den Arbeitsplatz zu verlieren; andere Mitarbeiter des meteorologischen Institutes wurden zitiert, daß ein möglicher Fehllalarm in den zur Hochsaison ausgebuchten Hotels „unnötige Angst“ hätte auslösen und den Ruf Thailands als Urlaubsparadies beschädigen können. Vorrangig sind jetzt die Krisenbewältigung, die schnelle Bewertung des Ausmasses der Schäden, der rasche Wiederaufbau, aber auch eine grundlegende Reform des Entscheidungsapparates.

Thaksin hat postwendend den ehemaligen Chef des meteorologischen Instituts mit der Einrichtung eines Tsunami-Frühwarnsystems beauftragt; seit seiner Präsenz im Krisengebiet mit einem Großteil des Kabinetts, das in seinen Zuständigkeiten auf die einzelnen betroffenen Provinzen und Bereiche aufgeteilt wurde, gehen die Rettungs- und Bergungsarbeiten voran, mit dem Wiederaufbau wurde bereits begonnen. Im Tourismussektor macht sich kurzfristig eine Entzerrung bemerkbar: In der Phuket-Region sind zwar bis zu 40% Stornierungen der Hotelbuchungen zu verzeichnen, im Golf von Thailand allerdings, auf Inseln wie Koh Samui sind die Buchungen sprunghaft angestiegen.

Politische Implikationen

Auch Thaksin hat aus der Katastrophe gelernt, dass falscher Patriotismus hier fehl am Platze ist. Er, der sich in den ersten Tagen nach der Flutwelle gegen jegliche ausländische Hilfeleistung verwehrt hat, trifft sich heute mit US Staatssekretär Colin Powell: „*We will ask for technical assistance from the US so that we can handle possible future catastrophes effectively*“, „*We need technology on early warning systems and forensics*“, so Thaksin - derselbe Thaksin, der noch vor einem Jahr gesagt hat, man sei auf ausländische Hilfe nicht mehr angewiesen, Thailand hätte bereits den Schritt zum Geberland getan.

Am Donnerstag, den 6. Januar findet in der indonesischen Hauptstadt Jakarta eine internationale Geberkonferenz für die Flutkatastrophe statt. Dort soll die internationale Hilfe zum Wiederaufbau der zerstörten Region geplant und koordiniert werden – u.a. auch die Einrichtung eines Frühwarnsystems für Naturkatastrophen, das schnell Hinweise auf Erdbeben oder Tsunamis liefern soll. Noch hat PM Thaksin nicht entschieden, ob er selbst teilnehmen wird oder seinen Aussenminister entsendet, da er selbst zum gegenwärtigen Zeitpunkt im eigenen Land präsent sein möchte.

Am 6. Februar stehen in Thailand Parlamentswahlen an. Nicht-Regierungsorganisationen plädieren derzeit dafür, den Wahltermin auf Ende Februar zu verschieben, um den sechs betroffenen Südpfeilen die Möglichkeit zu geben, ihre Infrastruktur vor den Wahlen zumindest notdürftig wiederherzustellen. Sowohl Regierung als auch die Nationale Wahlbehörde wollen allerdings an dem ursprünglichen Wahltermin festhalten. Die Argumentation der Election Commission lautet, so schnell wie möglich wieder über eine handlungsfähige Regierung zu

verfügen, die den Wiederaufbau zügig weiterführt und nicht im Wahlkampf verstrickt ist.

Trotz aller der Naturkatastrophe vorausgegangenen öffentlichen Kritik an Thaksin – insbesondere im Hinblick auf seinen autoritären Führungsstil – und offensichtlicher erheblicher Mängel im Krisenmanagement am eigentlichen Unglückstag hat der Verlauf und die aktuelle Leistung in der Bewältigung der Krisensituation die Regierung Thaksin weiter gestärkt. Seine persönliche kontinuierliche Präsenz im Krisengebiet – auch das öffentliche Eingeständnis von Fehlern - der Einsatz seiner Kabinettsmitglieder und aller Helferteams, die sofortige Bereitstellung finanzieller Entschädigungen für die Betroffenen haben sein Ansehen in der Bevölkerung erhöht. Ergebnisse einer Meinungsumfrage unter der Bevölkerung in der heutigen Bangkok Post belegen dies.

Heute vor einem Jahr (4. Januar 2004) hatte das Jahr für Thailand mit einer Serie von Bombenattentaten in den südlichen – mehrheitlich von Muslimen bevölkerten und an Malaysia angrenzenden – Provinzen begonnen, deren dramatische Ausmaße zur Verhängung des Kriegsrechts in der Region führten. Im Verlauf des Jahres ist der Konflikt weiter eskaliert, bei Angriffen muslimischer Aufständischer Ende April in Pattani haben die thailändischen Sicherheitskräfte mit harter Gegengewalt zurückgeschlagen kulminierend im blutigsten Gefecht in der jüngsten Geschichte Thailands, bei dem über 100 Personen zu Tode kamen. Bei einer Demonstration in Tak Bai Ende Oktober wurden einige Demonstranten von Sicherheitskräften erschossen, 78 Demonstranten erstickten qualvoll beim Transport in ein Gefangenenlager. Beobachter haben sich gefragt, ob die Art und Weise der Handhabung der Krise im Süden Thailands die Regierung eher geschwächt oder gar in ihrer Machtposition gestärkt hat. Es scheint derzeit, dass das harte Durchgreifen der Regierung – auch jenseits rechtsstaatlicher Mittel – von weiten Teilen der Bevölkerung akzeptiert und als Stärke Thaksins interpretiert wird.

Weder die Naturkatastrophe noch die andauernde Krisensituation in den muslimischen Provinzen werden „den starken Mann“ Thailands vor den Wahlen zu Fall bringen.

Politische Auswirkungen der Flutkatastrophe in Indien

von Jörg Wolff, KAS-Landesbeauftragter Indien

1. Indien und internationale Soforthilfe

Indiens Premier Manmohan Singh machte früh klar, daß Indien „bis jetzt adäquate Ressourcen“ habe, mit der Flutkatastrophe „alleine fertig zu werden“: „Wir sind für die Angebote sehr dankbar, können uns aber mit dem nationalen Unglück selbst befassen.“ Ausländische Soforthilfen seien daher nicht notwendig. Indes war die Regierung im Hinblick auf eine mittel- und langfristige Aufbauhilfe vorsichtiger. Wenn es nötig werde, komme man dabei auf die Hilfe von anderen Ländern zurück. Zunächst müsse, so ein Regierungssprecher, ein klarer Überblick über einen möglichen Bedarf gewonnen werden. Insoweit erfolgte von der indischen Seite bislang auch keine aktive Reaktion auf das Angebot des deutschen Bundeskanzlers, Patenschaftshilfe zu leisten.

In den indischen Medien findet diese Haltung Zuspruch. Es sei richtig gewesen, so die angesehene Zeitung „The Hindu“ in einem Leitartikel, daß es Indien sich zum Prinzip gemacht habe, seine Hilfs- und Rehabilitationsmaßnahmen selbst, autonom und ohne ausländischen Beitrag durchzuführen – gleichzeitig aber aktiven Hilfeinsatz in Sri Lanka, den Malediven und Indonesien durchzuführen und einen substantiellen materiellen Beitrag zu internationalen Hilfsfonds zu leisten. Eine andere Zeitung führte aus, daß Indien als aufstrebende Regionalmacht ja schließlich keine Hilfe annehmen könne, wenn es sich um einen Sitz mit Vetorecht im Sicherheitsrat bewerbe, eigene finanzielle Soforthilfen für betroffene Länder zur Verfügung stelle und sich den USA, Japan und Australien bei einer Direktverteilung von Hilfe in der betroffenen Region angeschlossen habe. Indien habe damit sowohl als Betroffener, als auch Geber einen eigenen Maßstab gesetzt.

Und Indien praktizierte tatsächlich umgehende nachbarschaftliche Solidarität in der Region: So wurden bereits am 27. Dezember vier Schiffe der indischen Marine bei

Rettungsmaßnahmen in Sri Lanka (Galle, Trincomalee) eingesetzt, am 27. Dezember drei Schiffe in die Malediven entsandt und am 1. Januar zwei Schiffe nach Indonesien auf den Weg gebracht. Hilfsgüter für Sri Lanka und die Malediven wurden bereitgestellt und ausgeliefert. Neben einer indischen Ärztengruppe, die noch am 26. Dezember in Colombo landete, erhielten die umliegenden Länder, darunter Sri Lanka, eine indische Soforthilfe in Höhe von umgerechnet USD 21 Mio.

2. Ausmaß der Opfer in Indien

Von den Flutwellen des 26. Dezember 2004 waren folgende Regionen besonders betroffen:

- Inselgruppe der Andamanen und Nikobaren
- Unionsstaat Tamil Nadu
- Unionsstaat Andhra Pradesh
- Unionsstaat Kerala

Die täglich sich erhöhenden Zahlen der Opfer und Angaben zu den Verwüstungen waren und sind widersprüchlich. Auch die offiziellen Mitteilungen und Communiqués schwanken. Dies ist jedoch nicht auf Indien begrenzt, sondern ergibt sich aus der besonderen Situation des Katastrophenablaufs innerhalb der Region, ihrer vielfach entlegenen Gebieten und weiten Flächen. Auch in Indonesien, Thailand und Sri Lanka sind bislang keine klaren Angaben zu dem Ausmaß der Schäden und keine eindeutigen Zahlen über die Opfer verfügbar. Zum gegenwärtigen Zeitpunkt dürfte es den Verantwortlichen der betroffenen Flächenstaaten noch nicht möglich sein, einen realistischen Überblick über die tatsächliche Situation vor Ort zu haben.

Dies gilt in besonderem Maße auch für Indien, dessen von der Flut betroffenen (und z.T. dicht besiedelten) Küstenstreifen nach einer überschlägigen Berechnung ca. 2.900 km (im Vergleich beträgt die Küstenlänge Deutschlands 2.389 km) umfassen und die z.T. unzugänglichen Notstandsgebiete ungefähr eine Fläche von ca. 6.000 qkm erreichen. Die offiziellen Zahlen der Opfer schwanken. Sie wurden am 3. Januar

mit 12.729 angegeben, am 5. Januar jedoch auf 9.575 berichtigt, wobei sich allerdings die Vermisstenmeldungen erheblich auf 5.918 erhöhten.

3. Maßnahmen zur Krisenbewältigung

Indien hat nach den ersten Meldungen der Katastrophe umgehend die Crisis Management Group der Unionsregierung aktiviert. Sie startete unter Vorsitz des Premiers eine Sofortaktion, die in den indischen Medien als „größte und umfassendste Hilfsaktion in Friedenszeiten“ in der Geschichte des Landes und als „all-out mobilization of national resources“ bezeichnet wurde. Das Verteidigungs- und das Innenministerium erhielten eine koordinierende Funktion, um die Maßnahmen der Aktion mit den betroffenen Unionsstaatsregierungen abzustimmen. Die Durchführungsorganisation der Operation ist das indische Militär, das mit seinen vollen Land-, Luft- und Marinekapazitäten zur Bewältigung der Katastrophe eingesetzt wurde. Der Premier richtete einen „National Relief Fund“ ein, in den vor allem die indische Privatwirtschaft erhebliche Beträge einzahlte. Die Unionsregierung stellte als Soforthilfe umgerechnet USD 100 Mio zur Verfügung, die über die betroffenen Unionsstaaten den Betroffenen zugute kommen sollen.

Die vom Militär durchgeführten Hilfsmaßnahmen liefen nach Medienberichten innerhalb von vier Stunden schnell und gezielt an und waren, auch nach verlässlichen Augenzeugenberichten von KAS-Partnern, zumindest in den betroffenen Festlandzentren wie Tamil Nadu, weitgehend effektiv. Unklar scheint nach wie vor die Situation auf den Andamanen und Nikobaren zu sein, wo offenbar noch nicht alle der verwüsteten Inseln, die weitverstreut sind, erreicht werden konnten und einige ausländische Berichte die Strategie der Hilfen als unzureichend und kontraproduktiv bezeichneten. Es war und ist bei dem Ausmaß dieser unerwarteten Katastrophe nicht unverständlich, daß sich bei der Durchführung Koordinationsprobleme und Friktionen zwischen der Zentralregierung und den Unionsstaaten ergaben.

Die erste Phase der Soforthilfe, von Rettungs- und Hilfsoperationen auf dem Land-, See- und Luftwege, einschließlich von Evakuierungen, scheint nach den ersten zehn Tagen jetzt jedoch abgeschlossen zu sein. Sie war, was den militärischen Teil

angeht, mit seinen Operationen „Madad“ (indische Ost- und Südküste) und „Seawaves“ (Andaman und Nicobaren) offenbar erfolgreich. Darüber hinaus konnte nach übereinstimmenden Aussagen von Zentral- und Staatsregierungen nunmehr eine Schadenseinschätzung vorgenommen werden, deren Zahlen allerdings noch nicht veröffentlicht sind. Die jetzt beginnende Phase der Aufbauhilfe zielt auf die Infrastruktur, Trinkwasserversorgung und humanitäre Rehabilitationsmaßnahmen für die betroffene Bevölkerung. Dies scheint auch dringend notwendig. Indien mit seiner ausgeprägten Zivilgesellschaft kann dafür auf ein Netz von Nichtregierungsorganisationen zurückgreifen, die vielfache Erfahrung auf diesem Gebiet aufweisen.

4. Wirtschaftliche und politische Folgen

Einige Tage nach der Flutkatastrophe erreichte der Sensex-Index, der die wichtigsten indischen Aktien enthält, an der Börse in Bombay einen historischen Höchststand von 6.617,15 Punkten. Beigetragen haben Meldungen, daß die indischen Exporte von April bis November 2004 um 24 % angestiegen waren und daß die indische Wirtschaft nach einer amerikanischen Berechnung der Washington Times nunmehr nach den USA, Japan und China vor Deutschland die viertgrößte der Welt geworden sei und mit 5,7 % zum Weltsozialprodukt beitrage. Die Flutkatastrophe spielte bei Indiens Börsianern offenbar keine Rolle, ihr wurde keine Auswirkungen auf die wachsende indische Wirtschaft beigemessen.

Zwar haben Wirtschaftsverbände, wie die KAS-Partner FICCI und PHD festgestellt, daß der Wiederaufbau der zerstörten Infrastruktur Milliardenbeträge benötigte, doch sei die Wirtschaft insgesamt nicht in Mitleidenschaft gezogen worden. Betroffen wären vor allem Kleinstunternehmer entlang der Küste, die wichtigen Produktionsanlagen der indischen Wirtschaft und die Häfen (mit Ausnahme von Port Blair auf den Andamanen) seien unversehrt geblieben. Der Tourismus, der im vergangenen Jahr nach vorläufigen Schätzungen um 20% anstieg und damit ca. 3 Millionen Besucher umfasste, scheint nach ersten Einschätzungen nicht gelitten zu haben. Weder die Andaman Inseln, noch die indische Ostküste sind, im Gegensatz

zu der Westküste, ausgeprägte Touristenziele und unter den Opfern war kein ausländischer Tourist zu verzeichnen.

Indiens Regierung hat angesichts der nationalen Katastrophe Ruhe an der innenpolitischen Front gehabt. Der Premier konsultierte die politischen Parteien und informierte über den Fortgang der Maßnahmen. Auch die Opposition zeigte Verantwortungsbewußtsein und erklärte, in dieser nationalen Notlage die Regierung unterstützen zu wollen. Für kommenden Sonntag ist vom Premier in Delhi eine Allparteien-Konferenz einberufen worden, auf welcher ein Situationsbericht gegeben und der Versuch der Formulierung eines von allen politischen Kräften getragenen nationalen Rehabilitationsprogrammes gemacht werden soll.

Dennoch hat die Behandlung der Flutkatastrophe auch erhebliche Mängel der innerindischen Koordination zwischen den Behörden offengelegt – ein altes indisches Leiden in Krisensituationen. Dies muß für das Land Anlaß sein, daraus zu lernen und seinen bürokratischen Wust an Behörden und staatlichen Institutionen zu straffen und zu reorganisieren. Zugute kommt Indien in solchen Situationen aber seine aktive Zivilgesellschaft, die Ausdruck der tiefen demokratischen Gesinnung des Landes und seiner Bevölkerung ist. Ob die Flutkatastrophe innen- oder gar parteipolitische Auswirkungen hat, kann derzeit noch nicht beantwortet werden. Die Zentralregierung hat zusammen mit den Unionsstaaten schnell und entschlossen reagiert; dies ist zumindest der Eindruck, der gegenwärtig in Indien besteht. Die Stimmung in den betroffenen Krisengebieten mag schlechter als im restlichen Lande sein. Indien hat jedoch gelernt, mit Naturkatastrophen ähnlichen Ausmaßes zu leben und zu überleben.

5. Internationale Auswirkungen

Indien hat in der Bewältigung der Flutkatastrophe bislang Augenmaß und regionales Verantwortungsbewußtsein gezeigt. Dies wurde nicht nur positiv von den Anrainerstaaten in Südasien aufgenommen, sondern auch am 4. Januar vom amerikanischen Präsidenten gewürdigt, der dem Land und seiner Regierung einen Dank abstattete und Indien bescheinigte, entschlossen Hilfsmaßnahmen innerhalb

der Region in Angriff genommen zu haben und sich der US-angeregten temporären „core group of nations“ (US, Japan, Australien) angeschlossen zu haben, welche die nötigen Fähigkeiten gehabt hätten, schnelle Hilfsmaßnahmen in der Region zu unternehmen. Der amerikanische Botschafter fügte in Delhi hinzu, daß Indiens Haltung ein konkretes Beispiel und Barometer dafür gewesen sei, welches Potential eine enge Zusammenarbeit beider Länder hätten. Er hob das ausgezeichnete Zusammenwirken der Marine beider Länder bei Maßnahmen in Sri Lanka hervor, bei der Indien die leitende Rolle übernommen habe. An der von der UN in Jakarta einberufenen Konferenz wird Indien mit einem Kabinettsminister vertreten sein. Es wird genau beobachtet, wie sich die Völkergemeinschaft zu der Katastrophe stellt und welche Rolle vor allem auch die hier mit einem gewissen Mißtrauen betrachtete asiatische Regionalmacht China dabei übernehmen wird.